

Gebiet der DDR. Man muß sich das einmal vorstellen: Zur Zeit werden noch Investitionen im grenznahen Bereich der Bundesrepublik stärker gefördert als Investitionen in der DDR. Mit diesem Unsinn wird nun endlich Schluß sein; die Förderung von Investitionen bei uns wird höher sein als die bisherige Zonenrandförderung.

Fünftens: Für die Akademie der Wissenschaften und andere Forschungsinstitute ist von unserem Forschungsminister Frank Terpe erreicht worden, daß sie zumindest bis Ende 1991 weitergeführt werden können. Dies ist, wenn man die Ausgangslage der Verhandlungen kennt, durchaus ein Erfolg. Wenn auch keine endgültige Zukunftssicherung erreicht ist, ist doch die sofortige Zerstörung umfangreichen Wissenschaftspotentials verhindert und Raum und Zeit für Umprofilierung, Neustrukturierung, ja auch Modernisierung erkämpft worden.

Sechstens: Das Problem des Parteeigentums ist eines der übelsten, das im Zusammenhang mit dem Einigungsvertrag gelöst werden mußte. Es ist skandalös, wie die Regierungskommission zur Überprüfung des Parteienvermögens gearbeitet bzw. nicht gearbeitet hat.

(Beifall bei der SPD)

In der DDR konnte oder sollte dieses Problem offensichtlich nicht mehr gelöst werden.

Und es betrifft nicht etwa nur die PDS als Nachfolgerin der SED; genauso sind CDU und F.D.P. betroffen. Häuser und Grundstücke, Mitglieder und Mitarbeiter, Betriebsbeteiligungen und Bankguthaben - alles haben PDS und die Blockparteien übernommen, nur eines nicht: die Verantwortung dafür, daß sie dieses Land zugrunde gerichtet haben.

(Beifall bei der SPD)

Alle Parteien der Nationalen Front wurden regelmäßig mit hohen Geldbeiträgen für ihre staatstreuen Liebedienste bezahlt. Mit genau diesen Geldern wäre nun der nächste Wahlkampf gegen die Parteien und Bewegungen finanziert worden, die sich gegen die Herrschaft der Nationalen Front gegründet haben.

(Beifall bei SPD und Bündnis 90/Grüne)

Diese gespenstische Fortführung alten Unrechts konnte durch das entscheidende Veto der Sozialdemokraten in der Bundesrepublik verhindert werden.

(Unmutsäußerungen bei CDU/DA, DSU und F.D.P.)

Meine Damen und Herren! Auf Grund der genannten Verhandlungserfolge stimmen die Sozialdemokraten der DDR dem Einigungsvertrag zu. Er ist alles in allem ein notwendiger und verantwortbarer Schritt zur deutschen Einheit. Aber er ist auch kein Wunschergebnis, wahrhaftig nicht! Dies war bei zwei konservativen Regierungen auch nicht zu erwarten.

(Beifall, vor allem bei der SPD,
Widerspruch vor allem bei CDU/DA)

Es war ja auch nicht einfach für Herrn Krause, die doppelte Aufgabe zu lösen, Interessen von DDR-Bürgern zu vertreten und gleichzeitig für sich ein Ministeramt in Bonn herauszuholen.

(Beifall bei SPD, Bündnis 90/Grüne und PDS,
starker Protest vor allem bei CDU/DA)

Wie ich höre, ist ihm zumindest das zweite Ziel voll und ganz gelungen.

(Beifall bei SPD und Bündnis 90/Grüne,
starke Unruhe und erregte Zwischenrufe
vor allem bei CDU/DA)

Der Vertrag hat gravierende Mängel. Der wohl schwerwiegendste Mangel ist die völlig unzureichende Ausstattung der zu-

künftigen Bundesländer auf dem Gebiet der DDR. Die Benachteiligung der zukünftigen Länder ist eine Dreifache:

Erstens, bei der Aufteilung des staatlichen Vermögens auf Bund, Länder und Gemeinden bekommt der Bund einen weitaus größeren Anteil als in der sonstigen Bundesrepublik. Damit haben die neuen Bundesländer nur geringere Möglichkeiten, eine eigene Wirtschafts- und Strukturpolitik zu machen.

Zweitens: Die Ausstattung mit Steuermitteln ist unzureichend. Darauf hat wiederholt Walter Romberg als SPD-Finanzminister hingewiesen.

(Gelächter bei den Regierungsfraktionen,
erregte Zurufe von Dr. Krause und anderen
Abgeordneten der CDU/DA-Fraktion)

Er stand der Verhandlungsstrategie von Ihnen im Wege, Herr Krause, und wurde kurzerhand entlassen,

(Starke Unruhe, vor allem bei CDU/DA)

erstens auf besonders stillose und zweitens auf verfassungsrechtlich höchst bedenkliche Weise.

(Zurufe von CDU/DA: Aufhören! - Glocke des
Stellvertreters der Präsidentin. - Zurufe von
PDS und Bündnis 90/Grüne: Zuhören!)

Entschuldigen Sie! Die Reden, die Herr Krause hier gehalten hat - im Vergleich dazu bin ich wahrhaftig ein sanftmütiger Mensch. Diese ist vergleichsweise harmlos.

(Unmutsäußerungen vor allem bei CDU/DA,
Beifall bei SPD, Bündnis 90/Grüne und PDS)

Die Situation wurde nicht dadurch besser, daß man diejenigen entließ, die die Probleme beim Namen nannten.

(Beifall bei der SPD)

Eine Entlassung ersetzt keine Argumente. Alle Experten sind sich darin einig, daß in spätestens drei Jahren umfangreiche Nachverhandlungen notwendig sind, um die finanzielle Arbeitsfähigkeit der neuen Länder zu gewährleisten. Aber schon bis dahin werden sich die DDR-Länder stark verschulden müssen, um ihre Aufgaben insbesondere in den Bereichen Kultur und Bildung überhaupt erfüllen zu können.

Drittens: Die Länder werden mit dem Problem der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes allein gelassen. Es besteht ein Überhang von vielen hunderttausend Staatsangestellten. Die neuen Länder sind einfach nicht in der Lage, einen Personalbestand zu finanzieren, der das Zwei- bis Dreifache dessen beträgt, was zur Erfüllung der Aufgaben gebraucht wird. Die Bundesregierung hat sich geweigert, mit den Ländern zusammen eine gemeinsame Personalführungsanstalt zu gründen. Das Problem bleibt also ungelöst und wird uns in den nächsten Monaten auf dramatische Weise beschäftigen.

Meine Damen und Herren! Der Föderalismus in Deutschland wird sich daran zu bewähren und zu beweisen haben, ob es gelingt, die neuen Länder als gleichwertige und gleichberechtigte Partner zu integrieren. Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen dürfen nicht die Armenhäuser der neuen deutschen Bundesrepublik werden.

(Beifall bei SPD, Bündnis 90/Grüne und PDS)

In diesen Zusammenhang gehört auch die Hauptstadtfrage. Hauptstadt Berlin - im Vertrag ist dies bislang ein bloßes Etikett, eine reine Worthülse. Repräsentieren und regieren dürfen aber nicht auseinanderfallen. Ich fordere hier noch einmal, daß Berlin Hauptstadt und Regierungssitz des vereinigten Deutschland wird.

(Beifall vor allem bei der SPD)